

Raubkunst

Auch in Düsseldorf befindet sich NS-Raubkunst in Museen. Diese wollen die geraubte Kunst nicht hergeben. DIE LINKE fragt nach. **S.3**

Leerstand

10.000 Wohnungen stehen in Düsseldorf bewusst leer. Mit Geldbußen wollte DIE LINKE die Besitzer bestrafen. Der Rat lehnte ab. **S.7**

Randalierer

So bezeichnete OB Elbers die Initiative Hafenalarm. Diese setzt sich gegen den Ausbau des Reisholzer Hafens ein. **S.8**

Erhöhung - Ja!

Mit einer höheren Gewerbesteuer liesse sich vieles finanzieren. Mehr über das Märchen der Unantastbarkeit einer Erhöhung. **S.10**

Es reicht



Foto: © ifuriosi.org

Eine Analyse des Haushaltes

Alternativen sind möglich - und nötig

Am 26. September ist der Entwurf für den städtischen Haushalt für das Jahr 2014 im Rat vorgestellt worden. Zurzeit wird er in den verschiedenen Fachausschüssen diskutiert und soll am 12. Dezember verabschiedet werden.

Wie jedes Jahr werden die Oppositionsparteien eine Vielzahl von Änderungsanträgen stellen, während CDU/FDP alles gut finden und mit ihrer Mehrheit alle Änderungsanträge ablehnen werden.

Da auch der diesjährige Haushaltsentwurf nichts grundsätzlich Neues bringt und wir es leid sind, uns in Einzeldiskussionen zu verlieren, hat sich DIE LINKE Ratsfraktion entschlossen, sich grundsätzlich mit den Möglichkeiten der Finanzierung der Kommune auseinander zu setzen. Unsere Vorstellungen wollen wir nicht nur in einzelnen Änderungsanträgen zum Ausdruck bringen, sondern wir haben eine Analyse erarbeiten lassen, um Potentiale für alternative Einnahmen und Ausgaben zu erschließen. Diese Analyse wurde bei einer Klausurtagung der Fraktion Mitte Oktober abschließend diskutiert. Sie ist auf unserer Internet-Seite www.linksfraktion-duesseldorf.de nachzulesen. Die wichtigsten Punkte werden in verschiedenen Artikeln dieser Ausgabe des R(h)einblicks vorgestellt.

Die bisherigen städtischen Haushalte haben sich dadurch ausgezeichnet, dass viel Geld für Vorzeigebauwerke bereitgestellt wurde. Dazu gehören u. a. das Stadion, die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen. Diese Projekte haben viele Steuergelder verschlungen und ein Mehrfaches dessen gekostet, was ursprünglich einmal angesetzt wurde. Außerdem belaufen sich die Folgekosten dieser Projekte auf mehr als 50 Millionen Euro pro Jahr. Diese Ausgabenpolitik der bürgerlichen Parteien hat dazu geführt, dass zum Einen die finanziellen Reserven der Stadt fast vollständig aufgebraucht sind und andererseits versucht wird, beim Personal, bei Dienstleistungen und sozialen Einrichtungen zu sparen.

Aber auch die Einnahmepolitik wird von uns seit Jahren kritisiert. Mit der Reform der Unternehmenssteuer von 2008 ist bundesweit die Gewerbesteuermesszahl abgesenkt worden. Zusammen mit der Senkung des Hebesatzes durch die Stadt konnte damit der Gewerbesteuersatz für Düsseldorfer Unternehmen um 32 % gesenkt werden. Die geringeren Gewerbesteuererinnahmen sind also nur zu einem Teil auf die „Krise“ zurückzuführen, zum größten Teil sind sie mit den Vergünstigungen für Unternehmen zu erklären.

Um den Haushalt nicht ins bodenlose fallen zu lassen, wurden dafür Gebühren erhöht, die in erster Linie von der Mehrzahl der EinwohnerInnen dieser Stadt zu zahlen sind.

Aber es geht auch anders.

Unternehmen, die sich in Düsseldorf ansiedeln, tun dieses, weil die Stadt eine gute Infrastruktur und ein hohes Ausbildungsniveau hat. Um hier den Stand zu halten oder womöglich auszubauen, um auch für alle EinwohnerInnen attraktiv zu sein, muss die öffentliche Hand investieren. Da passt es nicht zusammen, wenn die Unternehmen, die am meisten von den Investitionen profitieren, weniger Steuern bezahlen sollen.

Und es passt auch nicht zusammen, wenn durch Großprojekte, die nur dazu dienen, die Eitelkeit bestimmter Politiker zu befriedigen, Geld abgezogen wird, das für Maßnahmen einer sinnvollen Stadtpolitik nicht mehr zur Verfügung steht.

Unsere Analyse zeigt auf, wie die Einnahmen erhöht werden können und gleichzeitig für eine Politik für die Mehrzahl der EinwohnerInnen mehr Geld ausgegeben werden kann. Sie zeigt ebenfalls auf, dass dadurch eine nachhaltige, soziale und zukunftsorientierte Politik für Düsseldorf möglich ist.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Erscheinungsdatum des letzten R(h)einblicks liegt schon eine Weile zurück. Seit Ende April gab es keine Ausgabe unserer Zeitschrift. Das lag in erster Linie an den Bundestagswahlen. Unsere Mitglieder, die am R(h)einblick mitarbeiten, haben sich im Wahlkampf engagiert. Der Einsatz hat sich gelohnt. Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2012 hat sich DIE LINKE bei der Bundestagswahl mit einem Ergebnis von 7 % beeindruckend zurück gemeldet. Über 21.000 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben unserer Partei ihre Stimme gegeben. Da in den vergangenen sechs Monaten aber die Arbeit im Rat und seinen Gremien weiter ging, hat sich Vieles angesammelt, über das wir berichten möchten. Aus diesem Grund haben wir diese Ausgabe des R(h)einblicks um vier Seiten erweitert.

Auch diese Ausgabe bietet viel Information über unsere Arbeit und unseren Einsatz für ein lebenswertes Düsseldorf.

Das Jahr 2013 ist fast vorbei. Es hat sich viel ereignet, sowohl in Düsseldorf als auch in der Welt. Ein wenig von diesen Ereignissen haben wir in unserer Zeitschrift aufgegriffen und darüber berichtet.

Auch im nächsten Jahr werden wir wieder aus dem Rat berichten. Und wir werden eine Bilanz der Wahlperiode 2009 bis 2014 ziehen. Denn im nächsten Mai werden der Rat und die Bezirksvertretungen neu gewählt.

Für das Jahr 2014 wünschen wir Ihnen Frieden, Gesundheit und Erfolg.

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

35.773 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,4%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Oktober 2013 bei 27.592 (offizielle Arbeitslosenquote 8,7 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.733 um 8.181 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der heraus gerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Die Kosten der Dachmarke

Bundesweit wurde über Düsseldorf gelacht, als OB Elbers mit stolz geschwellter Brust die neue Dachmarke für die Stadt vorstellte. Für innovativ hält wohl nur er das Logo, das zwei Doppelpunkte und ein D darstellt, das auf jeder Tastatur darstellbar ist: :D

Allerdings ist die Einführung, wie berichtet, mit erheblichen Kosten verbunden, denn nicht nur die Entwicklung und „Beratung“ verschlang fast 376.000 Euro, dazu kamen noch 110.000 Euro für die Umsetzungsstrategie und 75.000 Euro Werbungskosten wie aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE hervorging. Doch das dürfte noch längst nicht alles sein.

Verzweifelt wird auch versucht das Zeichen beim Patentamt zu sichern, doch das lässt auf sich warten.

Rekommunalisierung der Stadtwerke

Aus der Haushaltsanalyse

Die wirtschaftliche Betätigung ist eine bedeutsame Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hat zu einer Rückbesinnung des Öffentlichen geführt. Sparkassen, städtische Wohnungsunternehmen und Stadtwerke haben bei den Bürgerinnen und Bürgern einen guten Ruf und einen erkennbaren Vertrauensbonus.

Die kommunalen Unternehmen und die von ihnen erbrachten Leistungen sind aber auch für die Privatwirtschaft von lukrativer Bedeutung. Zudem ist die Kommunalwirtschaft auch mit Blick auf die Gewinnprognosen interessant. Deshalb haben insbesondere private Energiekonzerne vor Jahren Anteile an den kommunalen Unternehmen übernommen. Dies passte ins neoliberale Wirtschaftskonzept.

Aus Sicht der LINKEN war die private Beteiligung an der Kommunalwirtschaft politisch und wirtschaftsstrategisch falsch und bedarf deshalb der Korrektur. Und diese Korrektur heißt Rekommunalisierung, also Rückführung der privaten Anteile in kommunale Hand. In Düsseldorf fordert DIE LINKE die Rekommunalisierung der Stadtwerke und das zu Recht. Die Stadtwerke erwirtschaften pro Jahr Gewinne zwischen 65 und 100 Millionen Euro. Von diesem Gewinn fließen fast 55 Prozent an den



Stadtwerke wieder ganz in kommunaler Hand

Foto: © gafas

privaten Miteigner EnBW. Dies muss aber nicht sein. Soll der gesamte Gewinn der Stadtwerke im kommunalen Bereich verbleiben, müsste der Anteil der EnBW kommunalisiert werden. Einmal unterstellt, EnBW wäre bereit, seine Anteile zu verkaufen (was zurzeit sehr wahrscheinlich ist), müsste der Rückkaufwert der EnBW-Anteile gutachterlich ermittelt werden. Bei der Wertermittlung werden die Ertragslage, der Zustand des Anlagevermögens und mögliche wirtschaftliche Zukunftsrisiken abgewogen. Nach einer ersten groben Schätzung könnte der Rückkauf

der EnBW-Anteile bis zu 600 Millionen EUR kosten. Doch dieses Geld wäre gut angelegt. Die bisherige Ertrags- und Gewinnlage unterstellt, wäre dieser Kaufpreis nach rund 11 Jahren durch die Stadtwerke selbst finanziert. Dabei bleiben natürlich Risiken, doch diese resultieren aus den Unwägbarkeiten der Energie- und Finanzmärkte und stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit einer Rekommunalisierung. Die Forderung der LINKEN würde die Kommunalwirtschaft in Düsseldorf stärken und auch für den Stadthaushalt positive Effekte zur Folge haben.

Keine Wassersperren

Zugang muss erhalten bleiben

Die Sperrung der Wasserzufuhr für Privathaushalte ist in Düsseldorf zu einer gebräuchlichen Zwangsmaßnahme bei Zahlungsrückständen geworden. Neben jährlich tausenden Haushalten denen die Stadtwerke Düsseldorf den Strom absperren, gibt es auch eine bedeutende Anzahl denen das Wasser abgestellt wird. Familien mit Kindern sind ebenfalls betroffen, grundsätzliche Aus-

nahmen für bestimmte Personenkreise gibt es nicht.

Durch eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE wurde öffentlich, dass die Stadtwerke in den vergangenen vier Jahren knapp 600 Wassersperren durchgeführt haben. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von rund zwei Personen waren somit weit mehr als Tausend Menschen in Düsseldorf

ohne Wasserversorgung. 136 Sperren wurden alleine im vergangenen Jahr vorgenommen, 15 davon in Mehrfamilienhäusern. Für 2013 wird mit einer ähnlich hohen Zahl gerechnet.

Im Falle einer Sperrung wird es für die Betroffenen teuer. Die Mahnkosten betragen 4,90 Euro, für die Wegekosten, fürs Kassieren oder einen Sperrversuch werden 32,50 Euro und für eine erfolgte Sperrung 55 Euro erhoben. Bei der Wiederherstellung der Versorgung werden während der Geschäftszeiten 65 Euro und außerhalb 157 Euro berechnet.

Bei diesen Kosten haben die Betroffenen wieder Schulden, die sie nicht bezahlen können. Der Kreislauf beginnt von Neuem. Kein fließendes Wasser hat zur Folge, dass kein Kochen, kein Abwaschen, kein Duschen, kein Toiletten-gang möglich sind. DIE LINKE fordert ein Verbot von Wassersperren, sie verletzen das Grundrecht auf Wasser. Der Zugang zu sauberem Wasser muss für alle Menschen gewährleistet werden und darf nicht von der wirtschaftlichen Situation abhängig sein.



Wasser ist lebensnotwendig - für Alle

Foto: © piqs/fz18

NS-Raubkunst in Düsseldorfs Museen

Nach 68 Jahren immer noch Unklarheiten

Mit dem bedeutenden Fund von 1.500 Gemälden bei einem Sammler in München, die seit dem Nationalsozialismus als verschollen galten, ist das Thema NS-Raubkunst endlich in der deutschen Öffentlichkeit angekommen. Unter den gefundenen Gemälden sind nicht nur bisher unbekannte Werke mehrerer Künstler, sondern wohl auch eine erhebliche Anzahl Werke, die als NS-Raubkunst gelten.

Dabei muss man unterscheiden zwischen zwei verschiedenen Arten. Die Nazis bestimmten auch den Kunstgeschmack. Sie entfernten schätzungsweise 20.000 Kunstwerke aus Museen, allerdings geschah das meist nicht als Zwang, sondern die Museumsleiter handelten häufig in vorauseilendem Gehorsam selbständig. Darunter waren auch Kunstwerke, die von Sammlern nur geliehen waren. Möglich machte dies ein Beschlagnahmegesetz von 1938, mit dem die Nazis nachträglich die Aktion „Entartete Kunst“ legalisiert haben und das bis heute juristisch nie infrage gestellt wurde. Aufgekauft hat viele dieser Werke Hildebrand Gurlitt, der Vater des Sammlers, bei dem nun die Werke beschlagnahmt wurden. Er war von 1948 bis 1956 Leiter des Kunstverein Düsseldorf, nach ihm ist in Bilk eine Strasse benannt.

Andererseits gibt es Kunstwerke, die jüdische MitbürgerInnen zu Ramschpreisen an Händler und Museen veräußern mussten um die Möglichkeit einer Ausreise zu erlangen. Darüberhinaus zählen als NS-Raubkunst Kunstwerke, die von JüdInnen hinterlassen werden mussten als sie in die KZs deportiert wurden.

So wie die Staatsanwaltschaft München versucht hat, die Beschlagnahmung der Kunstwerke zu verheimlichen

um damit eine mögliche Rückgabe an die ursprünglichen BesitzerInnen zumindest zu verzögern, wenn nicht sogar zu verhindern, so verhalten sich auch deutsche Museen im Falle von NS-Raubkunst. Es gibt seit Jahren starke Indizien, dass im Fundus verschiedener Düsseldorfer Museen eine ganze Menge ursprüngliche NS-Raubkunst schlummert. Anfragen in vergangenen Jahren wurden abgeschmettert. Im Kulturausschuss stellte DIE LINKE durch ihren Vertreter Dr. Michael Klepsch nun erneut die Frage nach NS-Raubkunst in städtischen Einrichtungen. Vorausgegangen war eine hitzige Diskussion im Stadtrat über den Vorschlag der Verwaltung, bei zwei umstrittenen Bildern der Stiftung Museum Kunstpalast, die Beratende Kommission zur Klärung von Raubkunst-Fällen anzurufen. Dabei ist der Sachverhalt bei den Gemälden „Pariser Wochentag“ von Adolph Menzel und „Fruchtkorb an einer Eiche“ von Abraham Mignon eindeutig. Das Bild von Menzel gehörte dem Hamburger Bankhaus Behrens, das wie alle jüdischen

Bankhäuser in der NS-Zeit aufgegeben werden musste. Das Bild von Mignon beanspruchten die Erben der jüdischen Gertrude Bühler, die das Bild 1935 im Rahmen einer sogenannten Judenauktion zwangsversteigern lassen musste. Es ist ein Skandal, dass die Stadt die Werke nicht längst an ihre rechtmäßigen BesitzerInnen zurückgegeben hat. Der Anspruch ist seit Jahren bekannt, trotzdem weigert sich die Stadt beharrlich, sich der Verantwortung zu stellen.

In der Antwort gibt die Verwaltung bekannt, dass noch ein weiteres Bild, das Selbstbildnis von Wilhelm von Schadow, von Erben als so genannte Restitutionsansprüche geltend gemacht werden. Das Gemälde ist im Stadtmuseum ausgestellt.

Desweiteren wird mitgeteilt, dass nur im Museum Kunstpalast eine Person sich mit der Recherche von NS-Raubkunst befasst, aber bisher nichts gefunden hat. In anderen Düsseldorfer Museen wird gar nicht nachgeforscht. Da werden noch eine Menge an Fragen zu stellen sein.



Ausstellung in Düsseldorf „Entartete Kunst“ 18.06.1938

Foto: © Stadtarchiv Düsseldorf

Hartz IV

Sanktionen aussetzen

Die Anzahl der Hartz IV-Sanktionen ist in den vergangenen Jahren steigend, und das, obwohl die Anzahl der Leistungsbeziehenden sinkt. Das heißt: Weniger Leistungsbeziehende werden mehr sanktioniert. Bundesweit haben die Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende im vergangenen Jahr erstmals die eine Millionen Marke überschritten.

Zu diesem traurigen Rekord tragen auch die Düsseldorfer Jobcenter bei, welche verstärkt auf Sanktionen setzen. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales erfragen wir regelmäßig die Entwicklung in Düsseldorf, welche einen kontinuierlichen Anstieg der Sanktionen zeigt: 5.912 Sanktionen wurden

in 2010 verhängt, 7.064 in 2011 und 9.613 in 2012.

Der Großteil dieser Sanktionen wird aufgrund von Meldeversäumnissen verhängt. Die Leistungskürzung erfolgt somit lediglich aufgrund einer versäumten Meldung beim Jobcenter oder bei einer ärztlichen Untersuchung. Im Jahr 2012 wurden aufgrund dieser Versäumnisse 7.150 Sanktionen verhängt, mehr als die Gesamtzahl der Sanktionen ein Jahr zuvor. Die Folgen der Sanktionen sind drastisch. Der ohnehin zu niedrig berechnete Hartz IV-Regelsatz wird laut der aktuellsten Zahlen in Düsseldorf aufgrund einer Sanktion um durchschnittlich 84,59 Euro gekürzt.

Die Kürzung des Regelsatzes bedeutet regelmäßig eine Unterschreitung des menschenwürdigen Existenzminimums, das Grundrecht der Betroffenen auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe wird verletzt.

DIE LINKE fordert die umgehende Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen. Unser Antrag an den Düsseldorfer Stadtrat, sich für eine Aussetzung der Sanktionen einzusetzen, wurde von der Ratsmehrheit von der Tagesordnung genommen und eine Diskussion somit verhindert. Die Begründung lautete, der Rat sei nicht zuständig, da es sich um ein Bundesgesetz handelt. Es geht aber um die Menschen in Düsseldorf.

Kämmerer erklärt Schuldenfreiheit

Nachdem nicht nur DIE LINKE festgestellt hat, dass Düsseldorf nicht schuldenfrei ist (s. R(h)einblick Nr. 13), sondern auch das statistische Landesamt, versuchte der Kämmerer zu erläutern, warum das so nicht stimmt.

Im Mai hat das statistische Landesamt Daten zur Verschuldung der Nordrhein-Westfälischen Gemeinden veröffentlicht. Hier wird Düsseldorf mit einer Verschuldung von 411.622.000 Euro aufgeführt. Dazu erläuterte der Kämmerer, dass 86,3 Millionen Euro Altschulden seien, deren Ablösung teuer wäre als sie weiterhin abzubezahlen. 142 Millionen Euro habe die Stadt bei ihren Tochtergesellschaften an Krediten aufgenommen und 183 Millionen Euro sind nicht der Stadt selbst, sondern dem Stadtentwässerungsbetrieb zuzuordnen. Sollte Ihnen also ein Kredit wegen Überschuldung verwehrt werden, müssen Sie nur folgendes erläutern: Altschulden sind ja eigentlich keine Schulden, weil die sind ja alt. Die Schulden vom Partner sind auch keine Schulden. Sie müssen zwar für die Schulden einstehen, aber trotzdem sind das ja nicht Ihre Schulden. Und wenn Sie sich woanders Geld geliehen haben, kann man ja nicht von Schulden sprechen, weil sie haben sich ja nix bei der Bank geliehen. Und wenn das Alles nichts hilft, dann schicken Sie doch Herrn Abrahams, so heißt der Düsseldorfer Kämmerer. Der wird es Allen schon erklären.

Drohnen über Düsseldorf

Nicht nur Militär, Polizei und die Geheimdienste setzen immer öfters Drohnen ein. Auch über Düsseldorf kreisen im häufiger Drohnen, die für Firmen und Privatleute fliegen. Von den Bezirksregierungen in Düsseldorf und Münster wurden 2012 insgesamt 240 Sammel-Aufstiegerlaubnisse für ganz NRW erteilt. Darüber hinaus werden auch Einzelerlaubnisse für Drohnen mit einem Gewicht von über 5 Kg erteilt. Allein im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es 60 Erlaubnisse seit 2012. Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE zu Drohnenflügen über Düsseldorf war mal wieder ernüchternd. Das Amt für Verkehrsmanagement führt keine Statistik über die Drohnenflüge.

Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal

Seit über 40 Jahren organisiert der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, ein Wettschießen mit internationaler Beteiligung. Verwendet werden dabei Kriegswaffen der Bundeswehr wie z. B. die Pistole P8 von Heckler & Koch, das Sturmgewehr G36 von Heckler-Koch und das Maschinengewehr MG3 von der Düsseldorfer Rüstungsfirma Rheinmetall. Seit 29 Jahren wird der „Internationale Reservisten Schießwettkampf um den Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal“ ausgetragen - gestiftet von der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wurde regelmäßig angefragt, städtische VertreterInnen für die Teilnahme an der Siegerehrung zu entsenden. Diese Teilnahme erfolgte durch verschiedene Personen (Bürgermeisterin, Bürgermeister, Ratsmitglieder). Zusätzlich fand traditionell ein Empfang der teilnehmenden Gastmannschaften im Rathaus statt. Die Kosten für den Empfang wurden aus dem Budget der Protokollabteilung des Bürgermeisters finanziert.

Auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE antwortete die Verwaltung: „Im Jahr 2012 erfolgte weder die Entsendung einer städtischen Vertretung zur Teilnahme an der Siegerehrung noch fand ein Rathausempfang statt. Seit dem Jahr 2009 liegen keine Anfragen an Herrn Oberbürgermeister Elbers hinsichtlich der Übernahme einer Schirmherrschaft zu dieser Veranstaltung vor.“

Neben dem Reservistenverband und der Bundeswehr wird allerdings bis heute auch die Stadt Düsseldorf als Mitveranstalterin genannt.

Sammelunterkünfte für Flüchtlinge

Mehr als ausweichend beantwortete die Verwaltung eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE über die Unterbringung von Flüchtlingen in Düsseldorf. Die Forderung der LINKEN Flüchtlinge dezentral in normalen Wohnungen unterzubringen verweigert sich die Stadt. Sie setzt auf Sammelunterkünfte, die „eindeutig als nur vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit erkennbar sein sollen“ und das sie „in einem nutzbaren Zustand“ seien. Das heisst im Klartext, das diese Unterkünfte nicht dem Standard einer menschenwürdigen Unterkunft entsprechen.

Kulturentwicklungsplan

Veranstaltungen für die Vororte

Die Konzentration von Museen, Hochschulen und Institutionen im innerstädtischen Bereich, in denen regelmäßig Kulturveranstaltungen stattfinden, führt in Düsseldorf zusammen mit den zahlreichen Festivals im Stadtzentrum einerseits zu einer Ballung von Angeboten im Innenstadtbereich und andererseits zu einer kulturellen Unterversorgung der randstädtischen Stadtgebiete.

Die alleinige Präsenz der Stadtteilbüchereien, in denen kulturelle Angebote gemacht werden, reicht bei weitem nicht aus, dem Ungleichgewicht zu begegnen und der zunehmenden kulturellen Verödung von Stadtteilen entgegenzutreten. Mit dem Engagement von Vereinen und Stiftungen zur Nutzung leer stehender Räumlichkeiten, ehemaliger Industrieanlagen oder Bahnhöfen wird unter oftmals sehr schwierigen Bedingungen der Versuch unternommen, attraktive Angebote auch jenseits des Stadtzentrums zu machen.

Eine systematische und langfristig angelegte Unterstützung und Koordination dieser Versuche seitens der Stadt

wäre dringend erforderlich. Aus diesem Grund beantragte DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf im Kulturausschuss, einen Kulturentwicklungsplan für die Randgebiete der Stadt auszuarbeiten.

Ein solcher Kulturentwicklungsplan, wie er bereits in vielen Städten ausgearbeitet wurde, soll das Ziel verfolgen,

für eine besser austarierte räumliche Verteilung von Kulturveranstaltungen, Einrichtungen und Festivals innerhalb des Stadtgebiets zu sorgen. So könnte dazu beigetragen werden, dass die Vernachlässigung randstädtischer Stadtgebiete aufgehoben wird und neue Impulse gesetzt werden.



Kulturgestaltung in den Aussenbezirken

Foto: © flickr/weisserstier

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Dies setzen wir heute fort. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die Anwohner formal unangenehm ist. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die Erwin-Rommel-Straße in Mörsenbroich

Bevor Rommel als sogenannter Wüstenfuchs Krieg in Nord-Afrika führte, bildete er die Hitler-Jugend in Dresden aus. Anschließend war er beim Überfall auf Polen sowie auf die Tschechoslowakei Kommandant des Führer-Hauptquartiers.

Vor allem berühmt wurde Rommel durch seinen anfangs für die Nazis bedingungslosen Kriegseinsatz in Nordafrika, erst als Generalleutnant, später als Generalfeldmarschall. Seine schnellen Beförderungen zeugten von seiner engen Beziehung zu Hitler.

Auch die Verfolgung von jüdischen Menschen in Nordafrika geht auf das

Konto von Rommel. Allein an die 2.500 tunesische Jüdinnen und Juden wurden ermordet.

Nachdem sein Kriegseinsatz in Nordafrika erfolglos blieb, erhielt Rommel 1943 den Oberbefehl der Heeresgruppe B für Norditalien. Er war verantwortlich für die Invasion durch die deutschen Truppen, nachdem Italien den Waffenstillstand erklärt hatte. Unter seiner Verantwortung gab es zahlreiche Massaker in italienischen Dörfern. Zum Beispiel das Massaker an der Zivilbevölkerung von Boves und Castellar in der Provinz Cuneo, um nur zwei zu nennen. Mit völkerrechtswidrigen Befehlen gab die Wehrmachtsführung, aber auch Rommel, den ihnen unterstellten Soldaten weitgehende Handlungsfreiheit

gegenüber der Zivilbevölkerung und PartisanInnen.

Rommel war ein bedingungsloser Gefolgsmann und Bewunderer Hitlers bis zu seinem Selbstmord 1944. Eine angebliche Beteiligung am Attentat vom 20. Juli bestritt Rommel allerdings bis zuletzt und verkündete: „Ich habe den Führer geliebt und liebe ihn immer noch.“

Rommel ist ein Kriegsverbrecher und Mörder. Immer noch sind Kasernen und Strassen, wie in Düsseldorf, nach ihm benannt. Damit wird angeknüpft an die bis heute behauptete „Saubere Wehrmacht“. Doch diese gab es nie. Die Wehrmacht und deutsche Soldaten haben von Anfang an Verbrechen begangen. Rommel ist nur ein Beispiel dafür.



Rommel rechts neben Hitler beim „Polenfeldzug“ 1939

Foto: Bundesarchiv

Öffnungszeiten der Stadtbüchereien

Ergebnisse einer Umfrage

Die Stadt Düsseldorf hat eine Befragung der KundInnen der Zentralbibliothek und der dreizehn Stadtteilbüchereien durchgeführt und die Ergebnisse in dem Bericht „Stadtbüchereien Düsseldorf – Gesamtbericht“ veröffentlicht. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass besonders große Kritik an den zu kurzen Öffnungszeiten der Büchereien geäußert wurde. Weiterhin werden die uneinheitliche Öffnung der Stadtteilbüchereien und deren Schließung während der Mittagszeit und an Dienstagen kritisiert.

In der Befragung konnte auch angegeben werden, welche neuen Öffnungszeiten favorisiert werden. Die Antworten wurden in dem Bericht nach ihrer Häufigkeit sortiert, damit eine Aussage über die am häufigsten gewünschten Öffnungszeiten getroffen werden kann. Als Ergebnis zeigt sich, dass ein Großteil der KundInnen eine einheitliche Öffnung aller Stadtbüchereien von montags bis freitags 10-20 Uhr und samstags 10-16 Uhr wünscht. Diese Öffnungszeiten hätten laut Verwaltung auch eine deutlich bessere Inanspruchnahme der Büchereien zur Folge.

Im Kulturausschuss erfragten wir daher, wie viel zusätzliches Personal für eine Öffnung zu den genannten Zeiten benötigt würde und in welcher Höhe Mittel erforderlich wären. Laut Ant-

wort der Verwaltung würde die Ausweitung der Öffnungszeiten von jetzt 22 Stunden auf dann 56 Stunden einen Personalmehrbedarf von fünf Stellen je Stadtteilbücherei nach sich ziehen, insgesamt also 65 Stellen. Für die Zentralbibliothek wäre ein Personalmehrbedarf von neun Stellen erforderlich, um die Öffnungszeiten von jetzt 48 Stunden auf dann ebenfalls 56 Stunden zu erhöhen.

Insgesamt würde sich so ein Personalmehrbedarf von 74 Stellen ergeben,

was Mehrkosten von 3.350.000 Euro pro Jahr (Zentralbibliothek 412.000 Euro, jede Stadtteilbücherei 226.000 Euro) zur Folge hätte. Gemessen an anderen Ausgaben ist das eine durchaus finanzierbare Summe, der Eurovision Song Contest war den anderen Parteien das Dreifache wert. Zu den kommenden Haushaltsberatungen wird DIE LINKE beantragen, die Wünsche der KundInnen umzusetzen und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.



Kaum als Alternative geeignet

Foto: © flickr/ra-o-neu

Mehr Güterzüge

Deutsche Bahn lehnt Lärmschutz ab

In der Sitzung der Bezirksvertretung Eller informierte die Deutsche Bahn (DB) Netz AG über die Vorstellungen der Deutschen Bahn, den Bahnübergang Am Hackenbruch sicherer zu machen. Anlass war ein schwerer Unfall am 19.12.2012 mit einem Linienbus, der zwischen zwei Güterzüge geriet und förmlich zerrissen wurde. Durch die Umsicht des Busfahrers kam niemand zu Schaden.

Die DB schlägt jetzt vor, einen kompletten Schrankenabschluss mit einer Gefahrenraum-Freimeldung sowie einer Signalsicherung einzurichten. Dies würde die Sicherheit an diesem Bahnübergang wesentlich verbessern.

Weiterhin wies die DB darauf hin, dass sich der Güterzugverkehr auf dieser Strecke in den nächsten Jahren fast verdoppeln wird. Zur Zeit fahren täglich etwa

140 Güterzüge mit einer erheblichen Lärmbelastung für die AnwohnerInnen. Lärmschutz besteht nur teilweise.

Es gibt gesetzliche Bestimmungen über den Lärmschutz an Bahnstrecken. So ist die DB nur verpflichtet, „...bei neu zu bauenden oder wesentlich ändernden...“ Streckenführungen Lärmschutz einzurichten. Bei bestehenden Anlagen ist der Lärmschutz „freiwillig“. Bei der Formulierung dieses Gesetzes scheint die Lobby der DB erfolgreich ihre Profitinteressen durchgesetzt zu haben. Die DB lehnte demzufolge auch einen umfassenden Lärmschutz für die gesamte Strecke ab.

Im Vorwort der Lärmschutzbrochüre für Schienenverkehr schreibt der bisherige Bundesverkehrsminister: „Für die Bundesregierung gehört deshalb der Schutz vor Schienenverkehrslärm zu den Kernelementen einer nachhaltigen Verkehrspolitik.“ Das klingt wirklich schön und passt in jede Sonntagsrede.

Die CDU sollte bei der Gesetzgebung sich weniger um die Profite der Bahn als vielmehr über die legitimen Interessen der Menschen, vor Schienenlärm geschützt zu werden, kümmern.



Leere Strecke ist selten, Lärm gibt es dafür um so mehr

Anstieg rechtsextremer Straftaten

In Düsseldorf gibt es keine rechtsextreme Szene. Diese Aussage wiederholt die Stadtverwaltung seit Jahren gebetsmühlenartig.

Im September wurde allerdings vom Landtag eine Statistik zu rechtsextremen Straftaten in NRW veröffentlicht. Düsseldorf wird darin an zweiter Stelle aufgeführt mit dem stärksten Anstieg aller Städte im ersten Halbjahr 2013, darunter sieben Körperverletzungen. Dies kam erst aufgrund einer Anfrage im NRW-Landtag heraus. Die Düsseldorfer Polizei sah sich nicht genötigt über die rechtsextremen Vorfälle die Öffentlichkeit zu unterrichten. DIE LINKE Ratsfraktion wollte im Rat von der Verwaltung wissen, worauf sie den Anstieg zurückführt und wie sie dem entgegen wirken will.

Erklären konnte sich die Verwaltung nichts, denn dafür seien der polizeiliche Staatsschutz und der Verfassungsschutz da. Und entgegen wirken will sie mit bereits bestehenden Kooperationen und Maßnahmen, die „in gewohnter und bewährter Form fortgeführt werden“.

Wie bewährt die bisherigen Maßnahmen sind, kann man an der vom Landtag veröffentlichten Statistik ablesen.

Landeszuschuss Kitas

Kindertageseinrichtungen werden, je nachdem wem sie gehören, sehr unterschiedlich behandelt. Private und kirchliche Träger erhalten höhere Zuschüsse aus Landesmitteln als eine Kommune für ihre Einrichtungen. So ist es im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Land NRW festgelegt.

Durch die unterschiedliche Förderung werden die Kommunen benachteiligt und dazu angehalten, ihre Kitas an sogenannte freie Träger zu übertragen. Um der Entwicklung der Privatisierung entgegen zu wirken, hat unsere Fraktion im Juni eine Resolution im Rat eingebracht. Danach soll die Landesregierung aufgefordert werden, kommunale und freie Träger gleich zu stellen. Die Förderung von kommunalen Einrichtungen soll auf das Niveau der Förderung von Einrichtungen freier Träger angehoben werden.

Nur die SPD-Fraktion konnte sich unserer Argumentation anschließen. Mit den Stimmen der CDU/FDP und auch der Grünen wurde die Resolution abgelehnt.

Mehrgenerationen-Wohnen in Benrath

In Benrath haben sich engagierte Menschen zusammen getan, um für ein Mehrgenerationen-Wohn-Projekt auf dem Gelände des ehemaligen Benrather Krankenhauses an der Hospitalstraße zu kämpfen. Auf einer Versammlung im September wurden der Öffentlichkeit die Ideen für dieses Projekt vorgestellt: Preiswertes Wohnen für Familien, älteren Menschen und Alleinlebenden.

Auch die Zusammenarbeit mit Haus Spilles (einziges selbstverwaltetes Jugendhaus in Düsseldorf), gehört zu den vielen Ideen. Diskutiert wurde auf der Versammlung auch, dass die Städtische Wohnungsgesellschaft auf dem städtischen Grundstück bauen sollte.

Die Bezirksvertretung 09 hat mit einem interfraktionellen Antrag ihre Unterstützung signalisiert, indem sie aufgefordert hat, die Projektideen und die Pläne der Wohngruppen zu berücksichtigen.

Fakt ist, dass die Stadt ihre Grundstücke Stück für Stück verkauft. Dies könnte mit dem Grundstück in Benrath auch passieren. Zumal es direkt gegenüber von Schloss Benrath liegt und Investoren da eher Luxuswohnungen bauen würden. Es stünde der Stadt gut an, die Wünsche der Benrathererinnen und Benrather nach diesem Mehrgenerationen-Projekt umzusetzen. Und zwar in Eigenregie mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft.

Hundetoilette

Die Düsseldorfer Stadtverwaltung kümmert sich um jeden Scheiß – im wahrsten Sinne des Wortes. Im September ging ein Anschreiben an die Beschäftigten der Stadt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Baumscheibe im Innenhof des Rathauses als Hundetoilette genutzt wurde. Die Beschäftigten sollten auf „ein Sauberhalten des Innenhofes“ achten und Hundebesitzer darauf hinweisen, die „Ordnungswidrigkeit“ zu unterlassen.

Damit sich die Verwaltung wieder den wichtigen Themen in der Stadt widmen kann, hat unsere Fraktion zur November-Sitzung des Rates den Antrag gestellt, rings um das Rathaus Hundetoiletten zu installieren. Andere Städte haben damit gute Erfahrungen gemacht. Der Scheiß ist dann zwar nicht weg, aber geruchs- und umweltfreundlich entsorgt.

Wohnungsmarkt-Konzept

Eine Zwischenbilanz

Im Juni ist das Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt vom Rat verabschiedet worden. Neben vielen schon jetzt angewandten Handlungsansätzen wurde beschlossen, dass in Zukunft bei Bauvorhaben in Düsseldorf mit mehr als 100 Wohnungen 20 % als Sozialwohnungen und 20 % im „preisgedämpften Wohnungsbau“ mit Kaltmieten von maximal 8,50 Euro zu errichten sind.

DIE LINKE hat dieses Konzept von Anfang an kritisiert und es abgelehnt. Unter anderem deshalb, weil Kaltmieten von 8,50 Euro nicht preiswert sind. Aber auch, weil einem Investor die Möglichkeit eingeräumt wird, keine Sozialwohnungen zu erstellen, wenn er nachweisen kann, dass es ihm aus

wirtschaftlichen Gründen nicht zuzumuten ist. Und letzten Endes werden Wohnungen nach diesem Konzept frühestens in fünf bis sechs Jahren auf den Markt kommen, sind also für die Lösung der aktuellen Probleme nicht geeignet.

Die Grünen hingegen waren völlig begeistert von dem Konzept. Endlich sei man im Dialog mit CDU und FDP, die bisher jede Quotierung von Sozialwohnungen im Neubau abgelehnt hatten. Die wohnungspolitische Sprecherin sah für alle Beteiligten nur Vorteile und gab sich sehr staatsfraulich, da die Grünen sich ihrer Verantwortung stellen. Deshalb wurde das Konzept nicht nur mit den Stimmen von CDU/FDP, sondern auch der Grünen genehmigt.

Was ist nun, mehr als sechs Monate nach der Verabschiedung aus dem Konzept geworden?

Von den Bauvorhaben, die seitdem von den verschiedenen Gremien und dem Rat zu genehmigen waren, wird kein einziges nach dem neuen Konzept erstellt. Angeblich sind sämtliche Verträge der Investoren vor der Verabschiedung des Konzeptes geschlossen worden. Deshalb könne man ihnen das Konzept nicht zumuten.

Das erste Projekt, das nach den Maßgaben des Wohnungsmarktkonzeptes erstellt werden soll, wurde von der Verwaltung Mitte Oktober vorgestellt. Hierfür muss aber ein neuer Flächennutzungsplan aufgestellt werden, mit dessen Verabschiedung nach Auskunft der Verwaltung frühestens 2016 zu rechnen ist. Bis zur Baugenehmigung ist mit weiteren zwei Jahren zu rechnen. Bis die ersten Wohnungen in diesem Projekt fertig sind, werden weitere ein bis zwei Jahre vergehen.

Die Grünen fühlen sich mittlerweile vorgeführt, da sämtliche Anträge, jetzt vor der Ausführung stehende Bauprojekte nach den Vorgaben des Konzeptes zu realisieren, abgelehnt wurden.

DIE LINKE fühlt sich in ihrer Kritik leider bestätigt und befürchtet, dass auch die weitere Kritik – dass sich Investoren nicht an die Vorgaben halten werden – berechtigt ist.



Gegen hohe Mieten Demo 28.9. 2013

Foto: © ifuriosi.com

Kö-Bogen 2. Bauabschnitt

Weitere Bausünden geplant

Nachdem der Kö-Bogen 1. Bauabschnitt sich langsam der Fertigstellung nähert, steht der zweite Bauabschnitt vor der Tür.

Im 2. Bauabschnitt sollen die Tunnel fertig gestellt werden und der Bereich zwischen Schauspielhaus und Martin-Luther-Platz neu bebaut und gestaltet werden.

Gegen den Widerstand der gesamten Opposition wurde dafür ein Architektur-Wettbewerb beschlossen. Die Opposition kritisierte die vorgesehene massive Bebauung. Es wurde bemängelt, dass die Sichtachsen auf das Schauspielhaus und das Dreischeidenhaus verbaut würden. Bei der Diskussion im Planungsausschuss wichen CDU und FDP kein Jota von der ursprünglichen Planung ab. Erst durch Kritik aus der Bevölkerung heißt es jetzt, man müsse alles noch einmal gründlich überdenken. Der Oberbürgermeister plädiert dafür, dass die Bebauung erheblich reduziert wird.

CDU und FDP begründen ihren Meinungsumschwung damit, dass man ja

erst jetzt, nach dem Abriss des Tausendfüßlers, sehen könne, wie alles mal sein wird. Das sagen Menschen, die seit Jahren im Planungsausschuss der Stadt sitzen und über Planungen entscheiden. Wenn diesen Menschen die Vorstellungskraft fehlt, Planungen zu

beurteilen, sollte sie möglichst schnell den Ausschuss verlassen. Man muss sich auch nicht über die vielen Planungssünden in Düsseldorf wundern, wenn die EntscheiderInnen erst nachträglich erkennen, was sie angerichtet haben.



Ursprünglicher Plan: Alles zubauen

Foto: die developer

Düsseldorfer Wohnungsmarkt 10.000 Wohnungen stehen leer

Bei der letzten Volkszählung wurde festgestellt, dass zum Stichtag am 09. Mai 2011 in Düsseldorf fast 10.000 Wohnungen leer standen. Wohnungen, die wegen Umbau oder Modernisierung leer standen, sind dabei nicht erfasst worden.

Bis 2006 gab es in NRW eine sogenannte Zweckentfremdungsverordnung. Laut dieser Verordnung mussten Wohnungen, wenn sie nicht als Wohnraum genutzt wurden, beim Wohnungsamt angezeigt werden. Das galt für Wohnungen, die in Büros umgewandelt wurden, aber auch für Wohnungen, die langfristig leer standen. Das Wohnungsamt konnte in diesen Fällen verlangen, dass Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt wurde und konnte Bußgelder verhängen, wenn dem nicht gefolgt wurde. Die Verordnung wurde zum 31.12.2006 außer Kraft gesetzt.

Im Dezember 2011 wurde eine neue Möglichkeit geschaffen. Statt der Verordnung auf Landesebene gab es eine Ergänzung zum Wohnungsgesetz. Seit dem können Kommunen eine Satzung erlassen, die es ihnen ermöglicht,

wieder gegen Wohnungsleerstand vorzugehen.



Krimineller Leerstand Hoffeldstraße

Foto: © gafas

Die Stadt Dortmund hat 2012 eine entsprechende Satzung erlassen. Darin wird unter anderem geregelt, dass Wohnraum

wieder Wohnzwecken zuzuführen ist, wenn er länger als drei Monate leer steht.

Zuwiderhandlungen werden in Dortmund als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 50.000.- Euro geahndet.

Unsere Fraktion hat in der September-Sitzung des Rates einen Antrag eingebracht, wonach die Verwaltung entsprechend der Regelung in Dortmund eine Satzung ausarbeiten und dem Rat vorlegen sollte. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass nicht alle der angeführten 10.000 Wohnungen länger als drei Monate leer standen, kann eine entsprechende Satzung doch dafür sorgen, dass einige tausend Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden müssen und ein Leerstand aus Spekulationsgründen verhindert wird. Die Stadtverwaltung hat auf eine Anfrage der LINKEN in der Bezirksvertretung Flingern/Düsseltal geantwortet, das ihr zurzeit kein geeignetes Instrument zur Verfügung steht, um Leerstand zu verhindern.

Trotzdem wurde unser Antrag von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Eine neue Stadtbahn im Norden DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf ist gegen die U81

Bei der vorgelegten Planung handelt es sich um den ersten Teilabschnitt, der den Flughafen mit der Messe verbindet. Im Endausbau sollen die Städte Ratingen und Neuss verbunden sein.

Die Kosten für den Teilabschnitt werden von der Verwaltung auf über 154 Millionen Euro geschätzt. Die Wehrhahnlinie wurde ursprünglich auf ca. 350 Millionen Euro Baukosten geschätzt. Nach dem heutigen Stand werden die tatsächlichen Kosten bei ca. 850 Millionen Euro liegen. Deshalb gehen wir davon aus, dass die Strecke der U 81 zwischen Flughafen und Messe bei über 350 Millionen Euro liegen wird. Die Kosten der gesamten Strecke von Ratingen bis Neuss kann mehr als eine Milliarde Euro kosten. Allein der Bau der notwendigen Rheinbrücke wird heute auf ca. 300 Millionen Euro geschätzt.

Die Befürworter der Bahn argumentieren, dass 2/3 der Kosten von Bund und Land getragen werden, nur 1/3 muss die Stadt Düsseldorf bezahlen.

Die 43 Millionen Euro, die die Stadt für den ersten Bauabschnitt bezahlen muss, fehlen beim dringend benötigten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Für eine Takt-Verdichtung auf anderen Linien im Stadtgebiet oder eine Vorrangschaltung für Bahnen und Busse wird kein Geld mehr übrig sein. Auch die Mittel, die Bund und

Land zur Verfügung stellen, sind Steuermittel, die woanders sinnvoller ausgegeben werden könnten.

Es steht jetzt schon fest, dass die Linie nur zu Messezeiten ausgelastet sein wird. Deshalb wird auch nicht mit einem Ganz-Jahresbetrieb gerechnet. Um den Flughafen und die Messe verbinden zu können, muss über den Nordstern eine Hochbrücke gebaut werden. Das bedeutet, dass die U 81 als Hochbahn im Bereich der Danziger Straße noch in Höhe des 3. Obergeschosses an Wohnhäusern vorbeigeführt wird.

Nicht nur DIE LINKE lehnt das Vorhaben ab, sondern auch die Anwohner und Anwohnerinnen. Die Stadt Meerbusch

will gegen die Streckenführung auf ihrem Stadtgebiet klagen, ebenso wie Umweltverbände gegen die Rheinbrücke. Sie sind der Meinung, dass durch den Bau die Flora und Fauna des Rheinufer geschädigt wird.

Trotzdem wurden die ersten Gelder für eine Planung von allen anderen Fraktionen im Rat freigegeben.

Profitieren werden von der U 81 ausschließlich MessebesucherInnen, die mit dem Flugzeug anreisen. DIE LINKE ist für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, allerdings gegen ein weiteres Prestige-Objekt, das Millionen-Summen verschlingt, ohne einen wirklichen Nutzen für die Bevölkerung darzustellen.



U81 Luxus, den keiner nutzen wird

Foto: © flickr/Train Chartering

Sozialtarif für Strom

Die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch die Preiserhöhungen der letzten Jahre sind die Stromkosten allerdings für BezieherInnen von niedrigem Einkommen und Hartz IV nicht mehr bezahlbar. In Düsseldorf wird aufgrund von Zahlungsunfähigkeit jedes Jahr tausenden Haushalten der Strom abgesperrt. Eine deutliche Entlastung einkommensschwächerer Haushalte durch einen ermäßigten Tarif ist dringend erforderlich.

Zur Ratssitzung im November beantragte DIE LINKE Ratsfraktion, dass Verhandlungen mit den Stadtwerken Düsseldorf aufgenommen werden, um einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwächere Haushalte einzuführen. Bei diesen Verhandlungen sollen Überlegungen für Anreize zu einem ökologisch sinnvollen Umgang mit Energie einfließen. Beispielsweise könnte der Preis nach Überschreitung einer an der Haushaltsgröße orientierten Grundmenge progressiv steigen.

Öffentliche AR-Sitzungen

Die Stadt besitzt eine ganze Reihe von Unternehmen. Für diese Unternehmen gibt es Aufsichtsgremien, die auch mit städtischen Vertretern und Vertreterinnen besetzt sind. Entscheidungen in diesen Gremien werden hinter verschlossenen Türen getroffen. In den meisten Fällen wird noch nicht einmal der Rat der Stadt von den Entscheidungen informiert und wenn, dann nur in nicht öffentlicher Sitzung. Die Bevölkerung erfährt überhaupt nicht, was in diesen Firmen entschieden wird. Teilweise liegt das an der Gesetzeslage. So dürfen Sitzungen in Aktiengesellschaften nur nicht öffentlich stattfinden. Bei GmbHs sieht das aber anders aus. So könnten die meisten Themen in öffentlichen Sitzungen behandelt werden. Nur Themen, die Interna der betreffenden Firma behandeln, sind für die Öffentlichkeit tabu. Die Sitzungen dieser Unternehmen könnten, ähnlich wie die Ratssitzungen, in einem öffentlichen und einem nicht öffentlichen Teil stattfinden. Dieses haben wir im September in der Ratssitzung gefordert. CDU/FDP und SPD möchten eine solche Öffentlichkeit nicht und haben den Antrag abgelehnt.

BäderCard

Im letzten R(h)einblick berichteten wir bereits über die unnötige Einrichtungsgebühr und die hohen Aufladebeträge bei der Düsseldorfer BäderCard, welche auch dazu führen, dass die Karte kaum angenommen wird. So wurde die Karte im Jahr 2012 (Juli und August ausgenommen) durchschnittlich lediglich 40-mal pro Monat verkauft. Im Juli und August waren die Verkaufszahlen allerdings bedeutend höher, da eine spezielle Sommer-BäderCard verkauft wurde, welche die von uns geforderten Konditionen enthielt: keine Einrichtungsgebühr und ein Erstaufladebetrag von 20 Euro statt der sonst erforderlichen 90 Euro. Die Verkaufszahlen haben sich in Folge dieser Maßnahmen mehr als verzehnfacht, von 29 Karten im Juni auf 316 im August. Mit Auslaufen des Angebots sanken die Verkäufe wieder auf 35 Karten im September. Die von uns geforderte Senkung der Beträge ist somit nicht nur kundenfreundlicher, sondern auch wirtschaftlicher. Unser erneuter Antrag zur dauerhaften Senkung fand im Sportausschuss dennoch keine Mehrheit.

Der OSD kontrolliert mal eben so

Im Sommer feiern viele unter anderem am Rhein. Dabei bleibt leider viel zu oft Müll liegen. Das resultiert unter anderem daraus, dass dort zu wenig Mülltonnen aufgestellt und diese zu selten geleert wurden. Der OSD, der Ordnungsdienst der Stadt (oder wie sie ihn nennen „Service-dienst“) nahm dies zum Anlass, des öfteren vorsorglich Personalien aufzunehmen. Das ist rechtlich sehr zweifelhaft. Deshalb stellte die Ratsfraktion DIE LINKE eine Anfrage, in der die Verwaltung zwar ihre Sicht der rechtlichen Grundlage darstellte, allerdings wesentliches wegließ. Denn im Gesetz steht nirgends, dass präventiv Personalien aufgenommen werden dürfen, ausser bei Gefahr. Die Verwaltung interpretiert jedoch das mögliche Hinterlassen von Abfall als Gefahr, was rechtlich mehr als zweifelhaft ist. Zudem ist niemand gezwungen, seinen Ausweis mit sich zu führen oder ihn vorzuweisen, das alleinige Nennen der Adresse reicht. Die Verwaltung behauptet auch, dass nicht bekannt sei wie viele Personalienfeststellungen durch den OSD stattfinden.

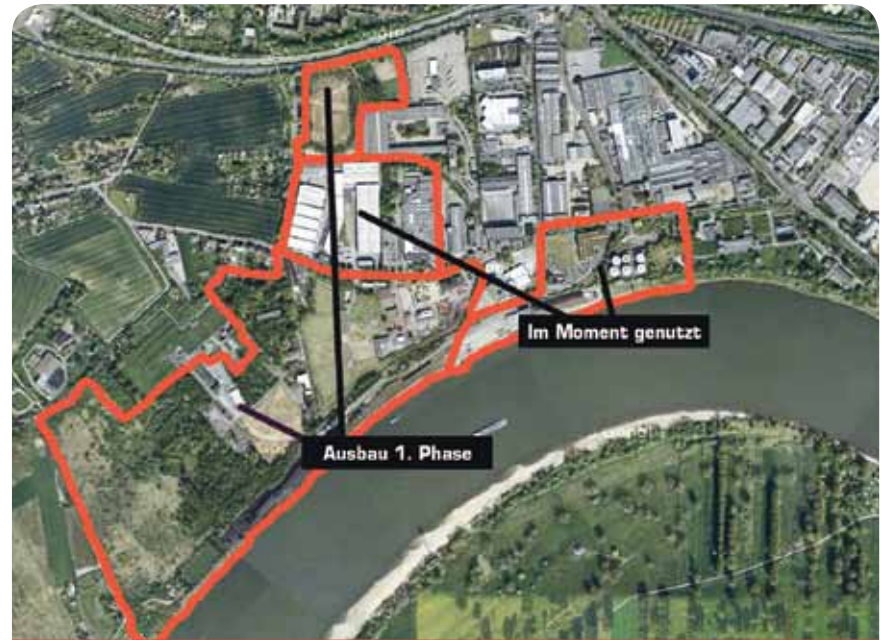
Hafenalarm

Randalierer gegen Leuchtturmwärter

Als vor 2 Jahren der Industriekreis Düsseldorf, die Neuss-Düsseldorfer Hafengesellschaft und die Stadt Düsseldorf durch den OB das „Leuchtturmprojekt“ Hafen Reisholz vorstellten, setzten sie eine Protestwelle in Gang, die in der Bürgerinitiative „Hafenalarm“ zusammengefasst ist.

Im südlichen Ende von Holthausen, am Ende der Reisholzer Werftstrasse, zwischen Trippelsberg, Wiedfeld und Rhein soll ein auf 56 ha sich ausbreitender, Containerumschlagplatz als „Inlandhub“ für den Seehafen Rotterdam entstehen. Unter Flutlicht, mit Bahnterminal, Riesenkrananlagen, An- und Abfahrtsrampen für LKW-Verkehr, im 24-Stundenbetrieb auch sonn- und feiertags.

Der Ende des 19. Jahrhunderts gegründete kleine Hafen, der die Industrieunternehmen vor allem in Düsseldorf-Reisholz an den Fluss anbindet, liegt in Sichtweite der Urdenbacher Kämpfe und des Benrather Schlossparks, neben dem Himmelgeister Rheinbogen und ist nur durch den ca. 280 m breiten Rhein getrennt vom Zonser Grind. Weil der Rhein an dieser Stelle seltenen Wanderfischen eine Laich- und Ruhezone bietet, steht er vom Grindufer bis zur



Geplanter Ausbau des Reisholzer Hafens

Auch die Umwelt wird belastet. Da die Containerschiffe mit Schweröl fahren, entsteht eine höhere Stickstoffbelastung als beim LKW-Transport. Atemwegserkrankungen, auch durch den Feinstaub, sind die Folge.

Arbeitsplätze werden im computer-gesteuerten Projekt nur vereinzelt ent-

stehen. Arbeitsgruppen ständig. Gespräche mit den Ratsfraktionen, Pressetermine, Infoveranstaltungen, Aktualisierung der Homepage, juristische Durchdringung, Kontaktaufnahme zu Umwelt-Organisationen haben stattgefunden.

Die Leuchtturmwärter reagieren: OB Elbers bezeichnete die Protestierer im Pressetermin als „einige wenige Randalierer“. Industriekreis und Neuss-Düsseldorfer-Häfen versuchen die Argumente der BI zu widerlegen und führen Gespräche mit Politikern und Ratsausschüssen - allerdings nicht mit der BI - dieser „Dialog“ findet nicht statt!

Auch im Bundestagswahlkampf war das Projekt Thema. Der SPD-Kandidat rügte die CDU-Kandidatin, die die Bedenken der BI ernst nehmen wollte. Die Grünen sind „ergebnisoffen“; die FDP – na ja - !? Allein Frau Wagenknecht von der LINKEN bezeichnete anlässlich einer Podiumsdiskussion das Leuchtturmprojekt als „ökologisch verantwortungslos“.

Zum 25.5.2014 - Kommunalwahl, OB-Wahl, Europawahl - wird die BI ihre Arbeit verstärken.

Wenn 5000 Unterschriften gegen den Hafen erreicht worden sind, werden sie dem OB übergeben - mit schönem Gruß von „einigen Randalierern“!

BI Hafenalarm



Reges Interesse am Stand der Initiative in Benrath

Foto:

Hauptfahrrinne unter dem europäischen Schutz als FFH Natura 2000 Gebiet. Die Wendemanöver der erwarteten 135 Meter langen Schiffe, sollen genau hier stattfinden.

FFH-Gebieten wird eine Schutzzone von 300 Metern gesetzlich zugestanden, die auf jeden Fall vom geplanten Containerterminal unterschritten wird; die Auenlandschaft des Rheins wird massiv beeinträchtigt.

Die Anwohner der direkt anliegenden Orte Benrath, Holthausen und Itter/Himmelgeist haben Lärm, Flutlicht, massiven Bahn- und LKW-Lärm rund um die Uhr zu erwarten. Die vielgenutzte Nord-Süd-Verkehrsachse Bonner Strasse würde durch mehrere Hundert Meter lange Güterzüge an der Niederheid zeitweise gesperrt.

stehen. Die Leuchtturmwärter erwarten eine Aufwertung der Stadt, neue Arbeitsplätze im zweistelligen Bereich (!), vor allem aber Profite.

„Hafenalarm“ hat sich in diesem Sommer strukturiert.

Es gibt jetzt eine Homepage, www.hafenalarm.de. Über 3.000 Unterschriften sind bisher an Ständen gesammelt worden, Medienkontakte wurden aufgenommen und vertieft. Neben monatlichen Vollversammlungen arbeiten fünf



Genossenschaft

Aus der Haushaltsanalyse

Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hat verdeutlicht, dass ohne staatliche Regulierungen und ohne Organisationsformen jenseits der marktwirtschaftlichen Verwertungs- und Produktionstheorie das neoliberale Wirtschaftssystem zu starken Verwerfungen erzeugt. Eine alternative (wenn auch überhaupt nicht neue) Organisationsform der wirtschaftlichen Betätigung ist das Genossenschaftsmodell. Bei der Genossenschaft steht nicht die Profitmaximierung im Vordergrund. Vielmehr geht es um wirtschaftliches Handeln im gemeinschaftlichen Interesse der Genossenschaftsmitglieder. Aus Sicht der LINKEN ist die Genossenschaft eine echte Alternative zu den privatrechtlichen Unternehmensformen. Die Genossenschaft bietet zudem günstige Voraussetzungen, das Modell der Wirtschaftsdemokratie mit Leben zu erfüllen.

Diese günstigen Rahmenbedingungen ergeben sich aus der Struktur des Genossenschaftsmodells heraus. Das Genossenschaftsrecht regelt, dass in der Hauptversammlung, dem Beschlussgremium der Genossenschaft, jedes Mitglied nur eine Stimme hat und dies unabhängig von der Anzahl der Anteile. Jedes Genossenschaftsmitglied hat somit die gleichen Rechte und Pflichten. Und dieser Fakt wirkt sich selbstverständlich auf die Entscheidungsfindung innerhalb der Genossenschaft aus. Positiv ist auch, dass der Vorstand einer Genossenschaft unmittelbar der Hauptversammlung rechenschaftspflichtig ist. Den „Umweg“ über den Aufsichtsrat gibt es also nicht. Unstrittig sind dies alles demokratische Zugewinne.

Das Genossenschaftsmodell bietet aber auch in einer weiteren Hinsicht Gestaltungspotenziale für linke Projekte. So kann innerhalb einer Genossenschaft das so genannte „Inhaberschuldverschreibungsmodell“ praktiziert werden. Bei diesem Modell gewähren die Eigentümer (Genossenschaftler) ihrem Unternehmen ein festverzinsliches Darlehen für einen bestimmten Zeitraum. Dadurch können



Genossenschaften war schon früher ein erfolgreiches Modell Foto: © flickr/Uwe Kaufmann1

sich Genossenschaften von den Finanzmärkten unabhängiger machen. Zudem beeinflusst dieses interne Kreditverhältnis das Miteinander zwischen Genossenschaftler und Genossenschaft. Wer seinem Unternehmen einen Kredit gewährt, hat auch ein intensiveres Verhältnis zu ihm. Auch dieser Ansatz passt gut ins Wirtschaftskonzept der LINKEN.

Das Genossenschaftsmodell eignet sich grundsätzlich für alle Bereiche der wirtschaftlichen Betätigung. Traditionell ist das Genossenschaftsmodell im Bereich der Finanzwirtschaft und des Wohnungsbaus verankert. In der Privatwirtschaft ist beim Handwerk und im Handel das Genossenschaftsmodell stark vertreten. In der Kommunalwirtschaft kommt es eher selten vor.

In Düsseldorf bietet sich das Genossenschaftsmodell beim kommunalen Wohnungsbau, bei der Rekommunalisierung der Stadtwerke oder auch bei der Gestaltung eines kostenlosen ÖPNV an. Die weitere Ausarbeitung wird DIE LINKE zusammen mit anderen Initiativen voran treiben.

Düssel-Pass

Automatische Zustellung für alle Berechtigten

Immer mehr Menschen in Düsseldorf leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Mit dem Düssel-Pass erhalten diese Menschen Vergünstigungen bei Kultur- und Sportangeboten. Diese Leistungen sind allerdings sehr begrenzt und zum Erhalt des Passes ist ein bürokratisches Antragsverfahren erforderlich. Nur Sozialhilfeberechtigte erhalten den Pass automatisch zugesandt, alle anderen Berechtigten müssen ihn bei verschiedenen Stellen beantragen, z.B. bei den Jobcentern. (Nähere Angaben unter: http://www.duesseldorf.de/soziales/formulare/broschuere_duesselpass_2012.pdf)

Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert daher, dass der Düssel-Pass, wie bereits in anderen Städten auch, ohne Antrag an alle Berechtigten verschickt werden soll. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) im September fragte DIE LINKE, wie viele Menschen Leistungen beziehen,



um berechtigt zu sein, den Düssel-Pass zu beantragen. Es sind nach aktuellem Stand 98.824 Personen. Tatsächlich nutzen ihn allerdings nur 35.267 Personen. Die Verwaltung hat datenschutzrechtlich prüfen lassen, ob in Düsseldorf wie in anderen Städten auch, der Pass automatisch an alle Berechtigten verschickt werden kann. Es ist möglich. Laut Verwaltung muss noch eine technische Umstellung in der Verwaltung abgewartet werden. Danach würde das Thema noch mal im AGS besprochen werden.

Angelika Kraft-Dlangamandla, Mitglied im AGS: „DIE LINKE wird für den Haushalt 2014 den Antrag stellen, Geld für die automatische Versendung zur Verfügung zu stellen sowie die Angebote weiter auszuweiten. Denn gesellschaftliche Teilhabe der DüsseldorferInnen darf nicht von sozialen Kriterien oder Einkommensverhältnissen abhängig sein.“

Erste-Hilfe-Kurse

Seit 2004 werden in Düsseldorfer Schulen Erste-Hilfe-Kurse für SchülerInnen der 9. Klasse angeboten. Die Stadt zahlt dafür den Organisationen, die diese Kurse durchführen pro TeilnehmerIn 36 Euro. Die SchülerInnen bezahlen einen Eigenanteil von 5 Euro. In den letzten sechs Jahren sind von den zur Verfügung gestellten Mittel im Schnitt nur 60 % abgerufen worden. Nach Meinung der Verwaltung sollten die städtischen Mittel komplett gestrichen werden. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass SchülerInnen sich schon mit 16,5 Jahren für einen Führerschein anmelden können und dabei einen Erste-Hilfe-Kurs absolvieren müssen.

DIE LINKE hat gefordert, den Erste-Hilfe-Kurs in den Schulen weiterhin anzubieten, allerdings ohne einen Eigenanteil für die SchülerInnen. Da nur 60 % des angesetzten Etats ausgeschöpft werden, wäre das ohne zusätzliche Mittel finanzierbar. Daraufhin forderte die CDU, den Etat auf 60 % zu reduzieren. Dieser Antrag ist per Mehrheit angenommen worden.

Düsseldorfer SchülerInnen werden also auch in Zukunft einen Eigenanteil von 5 Euro für den Erste-Hilfe-Kurs bezahlen müssen.

Gesamtschule

Seit Jahren werden deutlich mehr Kinder an den Düsseldorfer Gesamtschulen angemeldet, als Plätze vorhanden sind. Für das aktuelle Schuljahr lagen für die vier städtischen Gesamtschulen 800 Anmeldungen vor, aus Kapazitätsgründen konnten jedoch lediglich 545 SchülerInnen aufgenommen werden. 255 SchülerInnen wurden abgelehnt, sie können ihre bevorzugte Schulform nicht besuchen. Im Schulausschuss antwortete die Verwaltung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, dass eine Möglichkeit, um die fehlenden Gesamtschulplätze zu schaffen, die Gründung einer neuen Gesamtschule ist. Allerdings stehen hierfür aktuell keine ungenutzten städtischen Gebäude zur Verfügung. Durch Neu- oder Umbaumaßnahmen müsste Schulraum erst geschaffen werden. Wir beantragten daher zunächst eine Prüfung möglicher Standorte inklusive anfallender Kosten. Zu den kommenden Haushaltsberatungen werden wir einen Antrag zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule einbringen.

Schlußstrich unter dem IDR-Skandal?

Der Oberbürgermeister Elbers hat wegen seiner Verwicklung in den IDR-Skandal 10.000.- Euro bezahlt. Ist damit der Skandal abgeschlossen?

Wir erinnern uns: Im November 2012 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen den OB und weitere 57 Mitarbeiter der Stadtverwaltung wegen Vorteilsnahme ermittelt. Die städtische Tochtergesellschaft IDR hatte den Oberbürgermeister, Dezernenten und Amtsmitarbeiter, aber auch Mitglieder des Aufsichtsrates großzügig mit Geschenken und Einladungen in Restaurants bedacht. Auch von der Ausrichtung zweier Feste für die CDU und Spenden an CDU, SPD und Grünen war zu hören. Ermittlungen wurden allerdings nur gegen die Beschäftigten der Stadtverwaltung aufgenommen. Die Annahme von Geschenken ist zwar auch bei VertreterInnen der CDU, FDP, SPD und Grünen verwerflich, führt aber nicht zu staatsanwaltlichen Ermittlungen. Die CDU wurde wegen der Annahme einer Spende in Höhe von 6.000.- Euro vom Bundestagspräsidenten zu einer Strafzahlung von 18.000.- Euro aufgefordert.

Neun Monate später hat die Staatsanwaltschaft 39 Bediensteten der Stadt angeboten, die Ermittlungen gegen Zahlung einer Geldauflage einzustellen. Darunter der Oberbürgermeister, der alleine einen Betrag von 10.000.- Euro bezahlen sollte. Nach kurzer Bedenkzeit nahm der OB an. Es wird gemutmaßt, dass er damit die Spenden-Affäre aus dem Kommunalwahlkampf raus halten möchte. Die Grünen wollen sich die Affäre für den Wahlkampf aufbewahren. Allerdings bemängelte Elbers, sein Anteil an der Aufklärung der Sachverhalte sei nicht gewürdigt worden. Seiner Meinung nach kann also derjenige, der laut ruft 'Haltet den Dieb', deswegen nicht des Diebstahls belangt werden. Eine seltsame Rechtsauffassung. Die Grünen haben sich sofort zu Wort gemeldet. Ihr Sprecher Norbert Czerwinski erklärte, jetzt sei zwar die juristische Auseinandersetzung beendet, aber nicht die politische. Ob er damit auch die Beteiligung der VertreterInnen der Grünen im Aufsichtsrat der IDR und auch die Spende, die an die Grünen geflossen ist, meinte? Gegen 19 Mitarbeiter der Stadt wird noch weiter ermittelt.

Gewerbsteuer

Aus der Haushaltsanalyse

Die Stadt Düsseldorf verfügt über erhebliche Gestaltungspotenziale bei der Gewerbesteuer. Diese Potenziale zu nutzen, würden Finanzierungsmöglichkeiten für eine soziale und fortschrittliche Stadtpolitik eröffnen.

Die Gewerbesteuer ist mit rund 900 Millionen Euro die wichtigste Einnahmequelle der Stadt. Über ein Drittel der Einnahmen der Stadt „entspringen“ dieser Steuerart.

Gewerbesteuer zahlen alle Wirtschaftsunternehmen, unabhängig von der Rechtsform. Die sogenannten Freien Berufe sind von der Steuer befreit.

Die Berechnung der Gewerbesteuer erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage der Gewinnerwirtschaftung der Unternehmen. Unternehmen, die keinen Gewinn erzielen, zahlen auch keine Gewerbesteuer. Insofern ist die Steuer aber auch konjunkturabhängig. Die Stadt kann das Aufkommen der Gewerbesteuer durch die Gestaltung des so genannten Hebesatzes beeinflussen.

Durch Steuerrechtsänderungen wurden Betriebe, unabhängig von ihrer Rechtsform, in der jüngsten Vergangenheit erheblich bei den Unternehmenssteuern entlastet. Dies geschah auch mit Blick auf die Kommunen. Diese sollten über höhere Hebesätze zusätz-

liche Einnahmen erzielen. Auf diese Möglichkeit hat die Stadt Düsseldorf verzichtet und damit Gestaltungsspielräume nicht ausgenutzt. Dieser Fakt muss ohne Wenn und Aber als verantwortungslos bezeichnet werden. Des-

Eine Mehrbelastung im Vergleich zu der ursprünglichen Gewerbesteuerberechnung würde erst ab einem Hebesatz von über 650 vH eintreten. Bei Kapitalgesellschaften entsteht eine derartige Mehrbelastung erst bei einem Hebesatz von über 850 vH. Düsseldorf hat derzeit einen Hebesatz von 440 vH.

Auch wenn das Aufkommen der Gewerbesteuer in Düsseldorf mit rund 1.400 Euro pro Einwohner um das 2,4-fache über dem Bundesdurchschnitt der kreisfreien Städte liegt, führt dies nicht zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Unternehmen. Vielmehr sind die Düsseldorfer Unternehmen nur unterdurchschnittlich mit der Gewerbesteuer belastet.

In Bochum, Bielefeld, Dortmund, Duisburg und Essen ist die Gewerbesteuerbelastung der dortigen Unternehmen um 10 Prozent höher als in Düsseldorf. Würde sich Düsseldorf an diesen anderen Städten aus NRW orientieren, wären Mehreinnahmen bis zu 80 Millionen Euro im Jahr zu verzeichnen. Und selbst dann wären die Düsseldorfer Unternehmen zum Vergleich zu den früheren Gewerbesteuerberechnungen noch erheblich entlastet. Deshalb wird DIE LINKE im Stadtrat eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer fordern.



Höhere Gewerbesteuer stellt nichts auf den Kopf Foto: ©© flickr/backkratze

halb ist die Forderung der LINKEN, den Hebesatz der Gewerbesteuer moderat zu erhöhen, keinesfalls unbegründet und würde zu keiner finanziellen Überforderung der Unternehmen führen.

Auf Grund der Ausgestaltung der Gewerbesteuer zahlen nur rund ein Sechstel der Unternehmen diese Steuer tatsächlich. EinzelunternehmerInnen haben einen Freibetrag von rund 25.000 EUR und können zudem bis zu einem Hebesatz von 400 vH die Gewerbesteuer vollständig mit ihrer veranlagten Einkommenssteuer verrechnen.

Razzia in Flingern

Unterdrückung der Meinungsfreiheit

Zwischen dem 12. und 15.07.2013 zogen Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes (OSD) durch mehrere Kneipen in Düsseldorf-Flingern, ließen Plakate abhängen und beschlagnahmten Informationsmaterial. Es handelte sich um Aushänge, mit denen die WirtInnen gegen das totale Rauchverbot in Gaststätten protestierten.

Der Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung Flingern, Ben Klar, forderte den Oberbürgermeister umgehend auf, zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen. Hier handelte es sich um Nötigung und Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Die Stadtspitze stellte das Ganze als Verfehlung zweier Mitarbeiter dar, die übers Ziel hinausgeschossen seien.

Diese Darstellung ist falsch, denn die Aktion fand an mehreren Tagen statt und wurde von mehreren MitarbeiterInnen durchgeführt. Als dann auch noch die schriftliche Anweisung des OSD-Leiters an die MitarbeiterInnen der LINKEN

zugespielt wurde, forderte Ben Klar die Einleitung eines Disziplinar-Verfahrens.

Die Verwaltung antwortete, es gebe zwar keine Rechtsvorschrift in diesem Fall, aber nach Gesetzeslage könnten Maßnahmen ergriffen werden, wenn es eine Gefahr für die öffentliche Ordnung gebe. Man habe in diesem Fall eine intensive rechtliche Prüfung zurück gestellt, um eine kurzfristige Problem-

lösung zu erreichen. Das Infomaterial sei auch nicht beschlagnahmt, sondern nur mitgenommen worden, da der Kellner „diese Mappe ohnehin entsorgen und somit den Besitz daran aufgeben“ wollte. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wurde abgelehnt.

Zumindest sind die Plakate, die längst wieder aufgehängt wurden, seitdem nicht mehr beanstandet worden.



OSDler wären zu gerne Robocops

Foto: ©© flickr/jd hancock / Montage: RB

Fahrscheinloser ÖPNV

Aus der Haushaltsanalyse

Der motorisierte Individualverkehr verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Davon sind auch im starken Maße die Kommunen betroffen. Sie müssen bundesweit Milliardenbeträge in Verkehrsanlagen und Stellflächen für den ruhenden Verkehr investieren. Dem gegenüber sind die Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nahezu bescheiden.

Eine moderne, an den Lebensinteressen der Menschen orientierte Stadtpolitik ist nur möglich, wenn der motori-

also der Ticketpreis. Tendenziell steigen die Ticketpreise, was zu einem Rückgang der Nutzer führt. In der Summe stagnieren die Einnahmen trotz höherer Fahrpreise. Um diesen „Teufelskreis“ zu durchbrechen, werden unterschiedliche neue Modelle getestet. Eines dieser Modelle ist der so genannte ticketfreie ÖPNV.

Beim ticketfreien ÖPNV ist die Nutzung des vorhandenen Angebotes durch jeden ohne Fahrschein möglich. Diesbezügliche Erfahrungen gibt es in Templin

verkauf ausgeglichen werden. Die Einsparungen beim Fahrscheinverkauf und der Fahrscheinkontrolle decken ca. 20 Prozent der Einnahmen des Fahrscheinverkaufs ab. Zudem ist beim fahrscheinlosen ÖPNV mit einer Zunahme der Nutzung zu rechnen. In der Folge sind zusätzliche Investitionen in Linien, Haltestellen und Fahrzeuge notwendig. Andererseits müssen Verkehrsanlagen für den motorisierten Individualverkehr und Flächen für den ruhenden Verkehr nicht mehr in der Intensität ausgebaut werden wie bisher. Es werden also hier Investitionsmittel gespart.

Erste Schätzungen besagen, dass ein solches Modell des ticketfreien ÖPNV in Düsseldorf jährlich bis zu 50 Millionen Euro zusätzlich kosten würde. Für die Refinanzierung bieten sich verschiedene Modelle an. Zum einen könnte aus dem Stadthaushalt unmittelbar der benötigte Zuschuss gezahlt werden. Denkbar wäre aber das Modell der ÖPNV-Umlage. Sie würde in Düsseldorf bei rund 10 Euro im Monat liegen und müsste von allen Erwachsenen, die in keinem sozialen Transfersystem sind, gezahlt werden.

Gesamtgesellschaftlich werden solche Modelle wie der ticketfreie ÖPNV an Bedeutung gewinnen. Zunehmend fordern Menschen den barrierefreien (entgeltfreien) Zugang zur technischen Infrastruktur als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dieser barrierefreie Zugang zur Infrastruktur wird erkennbar höher bewertet als Umverteilungswirkungen im Bereich der Einkommensteuern. Die Feststellung: „Was nutzt mir ein höheres Kindergeld, wenn zeitgleich die Kita-Gebühren überproportional steigen“, steht beispielhaft für diese Entwicklung.



In Tallin ist kostenloser Nahverkehr verwirklicht

Foto: ©flickr/archer10(Dennis)

sierte Individualverkehr begrenzt und zurückgedrängt wird. Um dennoch die Mobilitätsbedürfnisse befriedigen zu können, muss zugleich der ÖPNV ausgebaut und für die Nutzerinnen und Nutzer attraktiv gemacht werden. Ein entscheidendes Attraktivitätskriterium ist die Gestaltung des Nutzungsentgeltes,

und Lübben (beide Städte gehören zum Land Brandenburg), in Hasselt (Belgien) und seit diesem Jahr auch in Tallin (Estland) sowie in 20 französischen Kommunen.

Beim ticketfreien ÖPNV muss zunächst die Finanzierung der wegfallenden Einnahmen aus dem Fahrschein-

Naturschutz gegen Profit

Wellness-Betreiber wollen eine Steganlage im Elbsee

Gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE haben Stadt und Bezirksvertretung den Bau einer Wellnessanlage am südöstlichen Ufer des Elbsees genehmigt. Große Teile der Bevölkerung werden sich den Besuch der Anlage nicht leisten können. Der Eintrittspreis wird wahrscheinlich über 20 Euro für einen Besuch betragen. Finanziert wird die Anlage von der städtischen Tochter IDR und an einen privaten Betreiber verpachtet. Im Landschaftsschutzgebiet des Elbsees wird für 300 Pkw-Stellplätze eine große Fläche Natur vernichtet.

Die gesamte Anlage soll über 30 Millionen kosten. Wenn dieser Betrag durch eine Pacht wieder hereinkommen soll, ist ein kräftiger Pachtpreis notwendig.

Dass der Betreiber sich deshalb überlegt, wie er die Attraktivität der Anlage steigern kann, ist verständlich.

So kam er auf die Idee, 100 m lange Stege mit Pavillons in den See hinein zu planen. Diese Stege reichen dann dicht an das Naturschutzgebiet des Sees heran.

Ein See, der unter Naturschutz steht, erfüllt einen wichtigen ökologischen Zweck. Er bietet insbesondere den Vögeln ihren natürlichen Lebensraum. Das Gartenamt schreibt auf seiner Homepage: „Aufgrund der Größe und Tiefe des Elbsees kommt dem Gewässer eine herausragende Bedeutung für durchziehende, rastende und überwinternde Wasservogelarten zu. Die Liste der

am Elbsee beobachteten Wasservogelarten umfasst über 70 Arten...“

Um diese Steganlage einzurichten, ist eine Änderung des Landschaftsplans notwendig, der zur Zeit in der öffentlichen Diskussion steht.

So wenden sich BUND, Nabu und der Verein „Rettet unser Naherholungsgebiet Unterbacher See/Eller Forst“ gegen die Stege. Der Verein fordert „...die Unzulässigkeit der Stege zu erhalten.“ In einer gemeinsamen Stellungnahme schreiben BUND und Nabu u. a.: „Eine Änderung des Landschaftsplans zugunsten der geplanten Steganlagen lehnen wir ab, da sie den Zielen des Natur- und Artenschutzes widerspricht und nicht im öffentlichen Interesse steht.“

Widersprüche und Klagen

Hartz IV-Bescheide sind häufig fehlerhaft und rechtswidrig. Oftmals erfolgreich setzen sich die Betroffenen daher mit Hilfe von Widersprüchen und Klagen gegen die Jobcenter zur Wehr.

Ein Widerspruch bewirkt, dass die Entscheidung nochmals überprüft wird. Wird dem Widerspruch nicht stattgegeben, besteht die Möglichkeit zu klagen und so die Entscheidung durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Wie sich die Situation in Düsseldorf darstellt, erfragt DIE LINKE Ratsfraktion jedes Jahr. Zum einen wird die Anzahl der Widersprüche und Klagen des Vorjahrs erfragt, zum anderen, wie viele davon erfolgreich gewesen sind. 8.819 Widersprüche wurden im Jahr 2012 gegen Entscheidungen des Düsseldorfer Jobcenters eingelegt, rund zweieinhalb Tausend mehr als ein Jahr zuvor. In 2.549 Fällen wurde dem Widerspruch ganz oder teilweise stattgegeben. Bei nicht stattgegebenen Widersprüchen klagten 800 Betroffene beim Sozialgericht, erledigt wurden bis Jahresende 715 Klagen. In 263 Fällen wurde hierbei zugunsten der Hartz IV-Beziehenden entschieden. Auch im Düsseldorfer Jobcenter wird eine hohe Anzahl fehlerhafter und rechtswidriger Entscheidungen getroffen. Widersprüche haben gute Erfolgsaussichten, mehr als ein Drittel der Klagen wurden zugunsten der Hartz IV-Beziehenden entschieden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamanda, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Ausverkauf städtischer Grundstücke

Nachdem die Stadt Düsseldorf bereits vor Jahren ihre RWE-Aktien und fast 75 % der Stadtwerke verkauft hat, ist sie zurzeit dabei, nach und nach ihre Grundstücke zu versilbern.

In den vergangenen Jahren wurden Grundstücksverkäufe von 25 Millionen Euro pro Jahr getätigt. Für 2013 wuchs die Planung auf 40 Millionen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen an. In dieser Größenordnung sollen auch in den Folgejahren Einnahmen erzielt, also Grundstücke verkauft werden. Bereits Anfang September 2013 waren vom Rat Verkäufe von über 62 Millionen Euro genehmigt worden.

DIE LINKE ist grundsätzlich gegen den Verkauf von städtischen Grundstücken. Immobilien, die langfristig nicht von der Stadt genutzt werden, können auch in Erbpacht vergeben werden. Erbpachtverträge werden für einen begrenzten Zeitraum abgeschlossen. Danach kann der Eigentümer wieder über das Grundstück verfügen und es entweder selber nutzen oder wieder über einen Erbpachtvertrag von anderen nutzen lassen. So könnte die Stadt sich ihre Grundstücke langfristig sichern, auch wenn sie sie nicht nutzt.

Der Ring Deutscher Makler hält dieses Instrument in Düsseldorf sogar für angebracht, da damit Wohnungen sehr viel preiswerter errichtet werden können.

Ein Antrag unserer Fraktion, angesichts des massiven Ausverkaufs von Grundstücken in diesem Jahr keine weiteren Grundstücksverkäufe zu tätigen, wurde von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt.

Arme Kirche

Bezirksvertretung subventioniert Glockenkauf

„Aus dem Bistum Köln erhalten wir keinen Zuschuss...“ schrieb die katholische Kirchengemeinde St. Gertrud in ihrem Antrag, einen Zuschuss aus Mitteln der Bezirksvertretung Eller für eine neue Kirchturmglocke zu gewähren.

Die Bezirksvertretungen verfügen, je nach Größe des Bezirks, über ein unterschiedlich hohes Budget, um auf Antrag Initiativen und Organisationen

Euro kosten. Die Bezirksvertretung genehmigte die beantragten 1.000,- Euro Zuschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, Grüne, FDP und FSD. Nur der Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung, Lutz Pfundner, stimmte dagegen. Er hatte sich in der Vergangenheit schon öfter dagegen gewandt, dass die großen Kirchen Gelder aus diesem Budget abschöpfen.

Religion sie angehören oder Atheist sind, bezahlen diese Gehälter. Die sozialen Einrichtungen der Kirchen wie Kitas, Altenheime und Krankenhäuser werden bis zu 100% ebenfalls von der Allgemeinheit aus Steuermitteln bezahlt. Das Bistum Köln verfügt über ein Vermögen von 166,2 Millionen Euro. Hinzu kommen die laufenden Einnahmen und die Grundstücksbesitze zum Beispiel auf der Kö und in der Altstadt.“

Alein in Düsseldorf hat die katholische Kirche über eine Immobilienfirma in den letzten sechs Jahren Wohn- und vor allem Geschäftsimmobilien mit einem Verkehrswert von über 220 Millionen Euro gekauft. Zu ihrem Besitz gehören die Kö-Immobilien, in denen die Läden von Abercrombie, Esprit, H&M und Giorgio Armani eingemietet sind. Weiterhin gehören der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft, die im Eigentum der Kirche ist, noch die Gebäude mit C&A auf der Schadowstraße und Madonna (!) und Tamaris auf der Flingerstraße. Dazu kommen noch zwei Wohngebäude und ein vermietetes Altenheim in Düsseldorf. Doch damit nicht genug. Neben erheblichen Steuervergünstigungen erhalten die Kirchen auch städtische Fördermittel. Für 2013 werden es fast 34 Millionen Euro an die katholische und fast 31 Millionen Euro an die evangelische Kirche sein.

„Da ist es wirklich nicht notwendig, dass die Bezirksvertretung dieser reichen Kirche noch zusätzlich eine fünfte Glocke aus Mitteln der Allgemeinheit subventioniert.“ so Lutz Pfundner.

In der gleichen Sitzung gab es noch einen Antrag auf Zuschuss von 500 Euro für einen Neujahrsempfang für Kriegshinterbliebene und Behinderte. Den kürzte die Bezirksvertretung um 200 Euro. Nur DIE LINKE stimmte für die volle Übernahme.



Kirchen machen Kasse

Illustration: Tilly

finanziell zu unterschützen, die soziale und gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben insbesondere auf ehrenamtlicher Basis übernehmen.

Die Bezirksvertretung musste jetzt entscheiden, ob sie für das Bistum Köln, zu dem Düsseldorf gehört, einspringt und ob aus Geldern der Allgemeinheit eine fünfte Glocke für St. Gertrud teil-finanziert wird.

Die neue Glocke soll incl. Auf- und Umbau im Glockenturm 33.323,48

Lutz Pfundner: „Die katholische Kirche in Deutschland ist ungeheuer reich. In 2012 zog der Staat 5,2 Mrd. Euro Kirchensteuer ein. Darüber hinaus erhält sie jedes Jahr ca. 480 Mill. als Entschädigung für Grundstücksenteignungen, die Jahrhunderte zurückliegen. Gehälter der Bischöfe werden von den Steuerzahlern finanziert, ein Bischof erhält ein Monatsgehalt von 8.000 und ein Erzbischof von 12.000 Euro. Alle Steuerzahler, egal welcher Kirche oder

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein